Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

O wie dein Sinn noch mit sich selber kämpft,
aus weißem Tod das Leben aufzurufen!

Hinweg! Schon sind, die aus dem Eis sich schufen,
die Wasser, nah am Rand der flachen Schale.
Und höher schwillt's. Und nun mit einem Male
laut überstürzend formt es sich zum Flusse
und donnert hin, erlöst, in jähem Schusse,
hinab ins Tal im Überdrang des Strebens.
Wie tönt das Tal vom Lustgesang des Lebens!

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau

Der Schnapsskandal am Versanden? / Wege zur politischen Verständigung. / Die Zukunft der „Nationalen Front".

Was sich zahlreiche Schnapsfabrikanten an Fälschungen geleistet haben, beginnt sich allmählich aus dem Gedächtnis des Volkes zu verflüchtigen. Auf jeden Fall arbeiten der Zeitablauf und verschiedene andere Kräfte daran, den „Schnapsskandal" als klein und immer kleiner erscheinen zu lassen. Darum muß der Tatbestand wieder aufgegriffen werden. Durch ein neues und sehr kompliziertes Verfahren ist es Dr. Mohler vom Chemischen Laboratorium der Stadt Zürich gelungen, nachzuweisen, daß zahlreiche Schnapsfabrikanten ihren Kirsch und ihre anderen Spirituosen mit Feinsprit verschnitten oder sogar mit Hilfe von Essenzen, Wasser, Zucker und Alkohol herstellten. Von 21 im Jahre 1935 erhobenen Kirschwasserproben verschiedener Fabrikanten waren nur 3 gegenüber dem neuen Verfahren „analysenfest". Die neue Untersuchungsmethode kam aber erst 1937 und 1938 für gerichtliche Gutachten zur Anwendung. Bücherrevisionen und Hausdurchsuchungen ergaben dann die Richtigkeit des Befundes, nämlich daß unter dem Namen „Kirsch" bloßer „Kirsch-Verschnitt", d. h. verspriteter Kirsch, teilweise auch nur bloßer Essenzkirsch, verkauft wurde. Aus den ungefähr gleichen Preisen wurde dann darauf geschlossen, daß die Kirschwasser der meisten Firmen nicht reingehalten sein konnten. Es folgten von der Bezirksanwaltschaft Zürich aus große Erhebungen bei inner- und außerkantonalen Fabrikanten. Natürlich wurden die beanstandeten Wasser in den Lagern, aber auch im Detailhandel beschlagnahmt. In der Stadt Zürich z. B. ergab diese Aktion 72 506 Liter, im Kanton Basel-Landschaft 3800 Liter usw. Die Fälschungen datierten bei einzelnen Firmen ein bis mehrere Jahrzehnte zurück. Selbstverständlich machten die Fabrikanten damit ein gutes Geschäft. Eine einzige Firma soll im Laufe eines Jahres durch Zusatz von 20 000 Liter Wasser zum Sprit die Summe von 100 000 Franken verdient haben. Vermutlich wurde auch auf gesetzwidrigem Wege Alkohol durch Vergärung von Zucker gewonnen, wobei der Liter Sprit vielleicht auf Fr. 1.40 bis 1.80 zu stehen kam im Unterschied zu den Fr. 4.50, welche der Eidgenössischen Alkoholverwaltung für den Liter hätten bezahlt werden müssen. Je mehr Sprit oder Wasser natürlich den Schnäpsen zugesetzt worden sind, je weniger Naturkirsch dabei verwendet wurde, desto größer waren die Gewinne. Die Leidtragenden waren dabei die ehrlichen Brenner und

jene kleinen Bauern — im Baselbiet zum Beispiel —, die für ihren selber gebrannten reinen Kirsch nur ungenügende kleine Preise bekamen, weil die fälschenden Großfabrikanten natürlich ihre Waren zu billigen Preisen anbieten konnten. Zusammengefaßt handelt es sich wohl um die größte Lebensmittelfälschung, die unsere Kriminalgeschichte überhaupt kennt.

Als die Vergehen im letzten Herbst aufgedeckt wurden, riefen sie unter dem Volke große Empörung hervor, und es ist kaum zu viel gesagt, wenn man von einem regelrechten Proteststreik der Käufer redete. Die ganze Presse war erfüllt von Kundgebungen des Abscheus und Begehren auf scharfe Bestrafung der Schuldigen. Ja, die Landesausstellung hat sogar die ganze Spirituosenabteilung aus ihrem Bereiche ausgemerzt. Inzwischen ist es jedoch in der Angelegenheit immer ruhiger geworden. Die Bezirksanwaltschaft Zürich setzt zwar ihre Untersuchungen zwecks Anklageerhebung fort und stellt die Bestrafung der Fälscher in Aussicht, aber sie hat bisher weder Anklage erhoben noch auch nur die Namen der Inkriminierten bekannt gegeben. Andererseits hat sich der Zorn des Volkes mehr oder weniger gelegt; es wird wieder mehr Schnaps getrunken, selbst den vermutlich fehlbaren Firmen läuft dank dem behördlichen Schweigen das Geschäft wieder ordentlich weiter. Es tauchen nun aber allerlei Institutionen, Bestrebungen und Zeitungsartikel auf, die — gelinde gesagt — jedenfalls nicht den Zweck verfolgen, eine ernste Ahndung der Vergehen herbeizuführen. Was soll das nach Entdeckung der Fälschungen gegründete „Edelbranntwein-Produzenten und -Importeuren-Syndikat" mit Sitz in Schwyz, was soll die jüngst gebildete „Interessengemeinschaft des schweizerischen Spirituosengewerbes"? Symptomatisch für die nun auftauchenden Bestrebungen ist ein letzthin mancherorts abgedruckter Zeitungsartikel mit dem Titel „Der Schnapshandel", der sich bemüht, die ganze Sache durch unzutreffende Behauptungen zu beschönigen und zu bagatellisieren. Der Verkauf von „Kirsch-Verschnitt" als „Kirsch" erscheint da nur als Formfehler; daß es sich nur um Verschnitt handeln könne, sei jedem Einsichtigen schon am Preise erkennbar gewesen. Geld sei dabei nicht viel verdient worden. Der verschnittene Kirsch sei weniger gesundheitsschädlich als der reine, ebenso sei er in Geruch und Geschmack besser. Diese Tatsachendarstellungen, heißt es wieder, möchten „nicht die fehlbaren Brenner entschuldigen und reinwaschen", sondern „der Abklärung der ganzen Affäre dienen". In typischer Weise folgen sich in diesem Aufsatze stets Anklage und Entschuldigung auf dem Fuße. So heißt es am Schlusse, es sei „gesündigt" worden — aber mit einer „gewissen Duldung einzelner Amtsstellen". Und von einer Bestrafung wird nicht geredet, sondern nur von einer „gerichtlichen Erledigung des Handels", mit der allein weder dem Publikum, noch den Kirschenpflanzern, noch den Kirschbrennern gedient sei! Man sieht, daß da die „Aufklärungsarbeit" geleistet wird, um den ganzen Schnapsskandal als eine in jeder Hinsicht entschuldbare Abweichung von einer gesetzlichen Norm hinzustellen. Der Wandel in der Gesinnung wird besonders dadurch ins Licht gestellt, daß von der gleichen Stelle aus im Herbst ein Artikel lanciert wurde des Inhalts: das durch den Schnapsskandal entstandene Mißtrauen könne durch keine Beschönigungen und Vertuschungen, sondern nur durch restlose Sauberkeit und Rechtlichkeit behoben werden. In der gleichen Richtung wie der zitierte Aufsatz über „Den Schnapsskandal" liegen jene Äußerungen, die eine Hauptschuld der Eidgenössischen Alkoholverwaltung in die Schuhe schieben („Lenzburger Zeitung", „Volksrecht", „Zürichsee-Zeitung"). Natürlich hätte es dieser Verwaltung auffallen müssen, daß die Kirschfabrikanten so viel Feinsprit bezogen. Es handelt sich bei ihr indessen um die Verwaltung eines Handelsmonopols, nicht um eine gewöhnliche Amtsstelle. Von einer rechtlich relevanten Duldung kann bei ihr keine Rede sein. Man wird von einem Gewerbebetrieb doch nicht verlangen wollen, daß er seine Kunden untersuche und denunziere!

Es wäre ein bedenkliches Zeichen, wenn durch berechnete „Aufklärung" der „Schnapsskandal" allmählich zum Versanden gebracht werden könnte. Es bleibt eben doch dabei, daß weitherum unter dem Namen „Kirsch" gefälschte Produkte verkauft worden sind.

* * *

Im letzten Herbst, beim Eintreten auf die bundesrätliche Vorlage über das Fiskalnotrecht, äußerte sich der radikal-demokratische Fraktionspräsident Dr. L. F. Meyer im Nationalrat über die Voraussetzungen für eine dauernde Verständigung unter den politischen Gruppen des Landes. An die Stelle eines unfruchtbaren Kampfes, so erklärte er, solle die freie Verständigung treten. Jede Verständigung müsse sich auf eine einzige, klar umschriebene Sachfrage beschränken ohne Verknüpfung mit politischen Bedingungen. Ferner sei von den Verhandlungspartnern ein Mindestmaß von Verhandlungsfähigkeit zu fordern. Der Redner schloß mit der Erwartung, daß auf diesem Wege die seit dem Sommer 1937 gepflegten Verständigungsbestrebungen erfolgreich fortgesetzt werden könnten.

So geschickt diese Minimalforderungen ausgewählt sind, so kommt man doch nicht umhin, die Magerkeit solcher Forderungen zu bestaunen. Offenbar liegt in den Worten von Dr. L. F. Meyer der Verzicht, wenigstens der vorläufige Verzicht auf die zuerst von der freisinnig-demokratischen Partei angeregte Verständigung in Sachfragen der eidgenössischen Politik. Man muß sich darauf beschränken, einige rein formale Voraussetzungen für die Verständigung aufzustellen. Im Grunde genommen sind wir eben noch keinen Schritt weiter als vor zwei oder fünf oder zehn Jahren. Wir besitzen keine große Partei mehr, wir haben nicht einmal mehr ein ganz sicheres Gefüge von Regierungsparteien, wir sind aufgesplittert in kleine und größere Parteigruppen mit ihren Absolutheitsansprüchen. Wie interessant waren doch die Antworten, welche die Freisinnigen seinerzeit auf ihre Anfrage wegen „Nationaler Zusammenarbeit" von den einzelnen Parteien erhielten („Politische Rundschau" 1937, Nr. 7)! Sie hatten 8 Postulate im Sinne eines Arbeitsprogrammes aufgestellt, lauter Forderungen, die in ihrer allgemeinen Tendenz und weiten Fassung mehr oder weniger Jedem einleuchten konnten. Zumeist handelte es sich um wirtschaftliche Anliegen. Von allen Seiten her, von den Katholisch-Konservativen bis zu den Sozialdemokraten wurde grundsätzlich die Bereitwilligkeit erklärt, an der Lösung der Fragen mitzuarbeiten. Im Einzelnen jedoch zögerten die verschiedenen Parteien nicht, gerade ihre gegensätzlichen Standpunkte beizubehalten. Beispielsweise stand die Katholische Volkspartei für eine gemäßigte staatliche Wirtschaftsintervention ein sowie für die Aufrichtung einer berufsständischen Ordnung, während die Bauernpartei den Ton auf „eine vernünftige Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Einwirkung des Staates in Verbindung mit den wirtschaftlichen Organisationen" legte und die Sozialdemokraten die Prinzipien ihres Kampfes gegen den Lohnabbau, für die Kriseninitiative und für die Arbeitsbeschaffung aufrecht erhielten. Praktisch erwies sich also die sozial-liberale Tendenz der Freisinnigen nach wie vor als bestritten. Das gleiche Schauspiel wiederholte sich dann etwa im Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft „Die Schweiz" (1938), wo sich verschiedene Politiker über „Interessenkampf oder Zusammenarbeit?" aussprachen, sowie in der politischen Praxis der eidgenössischen Räte. Vorderhand ist jedenfalls aus diesen Verständigungsbestrebungen noch kaum ein positives Resultat erwachsen. Unter Ächzen und Krächzen mühen sich vielmehr die Parteien um die Lösung der großen Fragen wie Bundesfinanzreform, Arbeitsbeschaffung, Bundesbahnsanierungen, Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten und dergl. Es bleibt alles beim Alten.

Woher kommt dieses mißliche Auseinanderfallen unserer Politik? Ich glaube zwei Gründe nennen zu können. Der erste ist die politische und wirtschaftliche Umwälzung, in der sich die Welt befindet; der zweite aber liegt darin, daß es uns in der Schweiz halt immer noch zu wohl ist. Wir können es uns deshalb vermeintlich ohne Gefahr leisten, bei der Politik die wirtschaftlichen Gruppeninteressen über die Gemeininteressen zu stellen und allerlei Tänze aufzuführen oder uns in Geplänkel einzulassen. Vielleicht würde nur eine wirkliche Not einmal den Sinn für eine Verständigung öffnen. Man kann sich in der Tat fragen, ob unter den heutigen Umständen überhaupt eine Verständigung möglich sei, oder mit anderen Worten, ob sich die großen Parteien so zusammenfinden können, daß sie eine große Regierungspartei ersetzen. Wohl gibt es der Annäherungszeichen viele, besonders bei den schon stark „umgemodelten" Sozialdemokraten, aber zur Zeit wenigstens noch bestehen zwischen ihnen und den großen bürgerlichen Parteien klaffende Gegensätze, weil die Sozialisten „eine neue Politik mit ganz neuen Männern" verlangen. Man könnte sogar mit gutem Grunde mutmaßen, daß überhaupt nie eine rechte Verständigung zu Stande komme, sondern viel eher die neue Bildung einer großen Regierungspartei linksbürgerlichen Charakters. Auf alle Fälle bedürfte eine Verständigung anderer Maßnahmen als bloßer gemeinsamer Verhandlungen über einige Postulate. Sie bedürfte einer inneren Läuterung der Politiker, eines Sich-Losmachens von der parteipolitischen Bindung und Tradition; sie bedürfte eines politischen Insichgehens und nicht zuletzt zweier auf dem politischen Boden seltener persönlicher Eigenschaften: der Demut und Opferbereitschaft.

* * *

„Die Zukunft gehört der Nationalen Front!" so stand am Kopfe der frontistischen Wahlzeitung auf die jüngsten Zürcher Kantonsratswahlen zu lesen. Das Resultat dieses Wahlganges aber war: Die „Nationale Front" verlor ihre sämtlichen sechs Mandate, die sie im Jahre 1935 gewonnen hatte. Ihre Fraktion wurde ausgetilgt. Es ging ihr gleich wie letztes Jahr der frontistischen Fraktion des Zürcher Großen Gemeinderates, und es braucht keinen Propheten dazu, um vorauszusehen, daß sie im Herbst auch gleich noch ihr Nationalratsmandat verlieren wird.

Bei diesem Niedergang gerade in der „Bewährungszeit" treibt es uns, den politisch-gedanklichen Status der Front wieder einmal festzustellen. Nach der Wahlzeitung zu schließen, ist er sehr stark, und zwar auf einige Negationen, zusammengeschmolzen. Die Frontisten weisen nach, daß sie sich als unabhängig vom Ausland erwiesen haben, sie streiten gegen das Judentum und gegen die Volksfront. Der Anspruch national-schweizerischer Politik prägt sich aus in weitgehenden Forderungen mit Bezug auf die Landesverteidigung. Allerdings sind hier noch die Leistungen im Kantonsrate hinzuzunehmen. Die Frontisten haben dort in national-sozialer Art gewirkt, indem sie für die Feier des 1. August, für die Entpolitisierung der Gerichte, für die Berücksichtigung der kleinen selbständig Erwerbenden, gegen das Doppelverdienertum, für die Senkung der Miet- und Hypothekarzinse, sowie für eine bessere Würdigung des Bürgerrechtes eintraten. Gewiß lag viel ernstes Bemühen in ihrem Tun, aber aufs Ganze gesehen blieb es doch — und zwar auch in den Anregungen selber — bei Nebensächlichkeiten, bei der Bekämpfung peripherer Mißstände. Neuestens hat nun die „Nationale Front" ihre Gedankengänge wieder einmal im Zusammenhang durch ihre „26 Punkte" und durch das „Manifest der Tagsatzung der Nationalen Front vom 22. Januar 1939" dargelegt. Es handelt sich da bei den „26 Punkten" um die geistige Grundlage und beim „Manifest" um ein sog. Sofortprogramm. Als typische Forde-

rungen lassen sich herauslesen: die Bildung eines autoritären, volksgewählten Bundesrates mit beratenden politischen und Wirtschaftsorganen, die Auffassung der Wirtschaft als eines Landesdienstes, die Aufrechterhaltung einer absoluten Neutralität, die Sorge für Arbeiterexistenzen, die Ertüchtigung der Volksgenossen. Sofort begehrt werden: Militärische und wirtschaftliche Kriegsbereitschaft, Zuteilung vermehrter Kompetenzen an die ausführenden Gewalten, Einsatz der wirtschaftlichen Kräfte für die Bedürfnisse des Landes, „Verbreitung des Gedankengutes des ‚Eidgenössischen Sozialismus' als der schweizerischen Form der führenden Idee unserer Zeit." Man ersieht daraus das starke Hervortreten des Gedankens der nationalen Gemeinschaft und des nationalen Staates, auf den alle Postulate zugerichtet sind.

Gerade diese Programmpunkte scheinen aber bei den Eidgenossen nicht zu verfangen. Unser Volk legt auf den Nationalstaat nicht denselben großen Wert wie die Frontisten. Es nimmt den Staat gern als Schützer und Spender, aber nicht als das ganze Leben beherrschende Überperson, in deren Bereich der Einzelne nicht mehr zur Geltung kommt. Unter „Volk" versteht es eine horizontalgeordnete Gemeinschaft von Gleichen, nicht die ins Staatliche geformte und erhobene Gemeinschaft. Lieber will unser Volk mitreden bei der Regierung, als daß es auf einen schneidigen Verwaltungsapparat erpicht wäre. Instinktiv fühlt es auch die Gefährdung seiner geistigen, insbesondere religiösen Güter sowie der föderalistischen Gestaltung bei der „Nationalen Front" heraus und neigt sich deshalb von ihr ab. Dazu kommt, daß der Front die ganze Abneigung gegen den Nationalsozialismus und Faschismus zu teil wird, und zwar in um so stärkerem Maße, je mehr das Verhalten des Nationalsozialismus zu Befürchtungen Anlaß gibt. Bei der Front ist ja die nationalsozialistische Denkweise nur schlecht verhüllt; der „Eidgenössische Sozialismus" läßt sich leicht — das wäre auch folgerichtig — als „Nationaler Sozialismus" nicht nur umtaufen, sondern auch ausgestalten. Wie leicht aber könnte auch nur eine politische „Brüderschaft" nach Außen unversehens zu einer politischen Bindung führen! Die Frontisten sind zwar vorsichtiger geworden. Was in einer früheren Schrift zu lesen steht: „Die Schweiz kann ein Wiedererstarken Deutschlands nur begrüßen" wird nirgends mehr wiederholt, aber die geistige Art ist doch die selbe geblieben. Ja sie hat sich noch mehr ausgeprägt. Das zeigt sich besonders in denjenigen Programmpunkten, die aufgegeben wurden. Einstmals, noch im Jahre 1933, wurde von der Front verlangt eine „Totalrevision der Bundesverfassung im Sinne des berufsständischen Aufbaues". Der ständische Gedanke ist aber dann im Sinne des Nationalsozialismus völlig aufgegeben worden. Dafür hat sich der früher ausdrücklich verabscheute „Staatssozialismus" an seine Stelle gesetzt, ebenfalls in Übereinstimmung mit dem deutschen Regime. Auch hören wir z. B. nichts mehr von der „Familie als Keimzelle des Staates" usw., was aus dem gleichen Grunde erklärlich ist.

Wer die Art und Freiheitsliebe unseres Volkes kennt, wird im Gegensatz zu der Wahlpropaganda der Frontisten feststellen müssen: „Nein! Die Zukunft gehört gewiß nicht der Nationalen Front!"

Bülach, am 29. März 1939.

Walter Hildebrandt.

Die Märzereignisse und ihre Folgen.

Es ist in diesen Heften unmittelbar nach Abschluß des „Münchner Friedens" vom 30. September 1938 und auch in der Folge stets der Standpunkt vertreten worden, daß auf der in München geschaffenen Grundlage, vor allem aber

auch infolge der ultimativen Umstände, unter denen in zwölfter Stunde die Besprechungen von München zustande gekommen waren, die Herstellung eines wirklichen Friedens als ausgeschlossen bezeichnet werden müsse. So war München nichts anderes als ein Waffenstillstand. Dieser Waffenstillstand ist nun — virtuell — zu Ende gegangen.

Es war dem Beobachter bereits kurz nach dem Ablauf der Septemberkrise klar geworden, daß die wirklichen Absichten der deutschen Reichsführung über das in München Erreichte erheblich hinausgingen. Für diese Vermutung hatten ja schon die ultimative Fassung der Ansprüche von Godesberg und der Inhalt der Sportpalastrede vom 26. September die Unterlagen geliefert, indem Hitler damals wiederholt und unter äußerst kurzer zeitlicher Befristung die Geltendmachung von Ansprüchen vertrat, die ihm durch den Schuldner bereits zugesichert und deren pünktliche Erfüllung durch England und Frankreich ausdrücklich garantiert war. Man hatte bereits damals den bestimmten Eindruck, daß die Absicht Hitlers auf sofortige militärische Besetzung der gesamten böhmischen und mährischen Gebiete abzielte, wobei freilich die weitere Ausdehnung nach Osten noch völlig offen stand. Anscheinend ist Hitler zu dieser Absicht geführt worden auf Grund der durch Ribbentrop konstant vertretenen Ansicht, daß England selbst im Falle militärischer Maßnahmen gegen die Tschechoslowakei zu deren Schutze militärisch nicht eingreifen werde. Es wird bekanntlich vermutet, daß diese Meinung damals von den übrigen Beratern Hitlers nicht geteilt worden sei, anscheinend auch nicht von verschiedenen Stellen in der höheren Führung der Armee, die im Falle einer gewaltsamen Aktion gegen die Tschechoslowakei eine europäische Verwicklung kommen sahen und der Ansicht waren, daß die deutsche Armee einer solchen Gefahr nicht ausgesetzt werden könne. Die entsprechenden Demissionen sind denn auch unmittelbar nach Abschluß der akuten Krise erfolgt. Nach dem, was man seitdem vernommen hat, wäre voraussichtlich eher die letztere Vermutung eingetroffen: Ein militärischer Angriff Hitlers auf die Tschechoslowakei hätte im Oktober aller Voraussicht nach den europäischen Krieg mit sich gebracht.

Unkenntnis der tatsächlichen Vorgänge und eine merkwürdige Unterschätzung der aus Generationen diplomatischer Schulung hervorgegangenen englischen politischen Traditionen führten in der Folge dazu, daß die Rolle Chamberlains von Vielen falsch ausgelegt wurde. Gewiß gab Chamberlain den scheinbar — aber nur scheinbar — wichtigsten Forderungen Hitlers nach. Ausschlaggebend aber war dabei, daß es ihm gelang, durch Behaftung der deutschen Reichsführung bei ihren eigenen ausgesprochenen Forderungen die Durchsetzung der weitergehenden Ziele ohne Einsatz von Waffengewalt zu verhindern.

Ob Chamberlain und Daladier schon damals die wirklichen Absichten Hitlers vermuteten, bleibe dahingestellt. Unbestreitbar befolgten sie in den Monaten nach München gegenüber Deutschland eine Politik ausgesprochener Zurückhaltung, indem sie, bei aller begreiflichen Rapidität der Rüstungssteigerung, in ihren Worten wie in ihren Gesten den legitimen Ansprüchen des deutschen Reiches wenigstens zum Teil nicht entgegentraten. Daß das Problem des deutschen Lebensraumes durch die Einverleibung Österreichs und der Sudeten, selbst in Verbindung mit einer starken Einflußnahme auf das Gefüge der tschechischen Wirtschaft nicht gelöst war und nicht gelöst werden konnte, ist verständlich. Es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß damals sowohl England wie Frankreich dem Deutschen Reiche gegen die gleichzeitige Zusicherung der Abrüstung in den kolonialen Ansprüchen entgegengekommen wären. Daß die beiden Westmächte aber die deutschen Kolonien oder auch nur Teile davon ohne die Gegenleistung einer solchen Bereitschaft aus den Händen geben würden, war sehr unwahrscheinlich. Bei der schon aus den grundlegenden Ausführungen in „Mein Kampf" unschwer festzustellenden Entschlossenheit der nationalsozialistischen Staatsführung, einmal gewonnene Macht ohne jede Rücksicht auszuüben, mußte

diese Zurückhaltung der Westmächte begreiflich erscheinen. Dagegen nahm das Gewicht insbesondere der englischen Stimmen, die zur teilweisen Rückgabe der Kolonien gegen die entsprechenden Konzessionen aufforderten, erheblich zu.

Indessen erhielt die relativ günstige Stimmung durch die italienische Kundgebung vom 30. November 1938 einen brüsken Schlag, der jede weitere Diskussion abbrach. Seit diesem Tage aber lag das Bleigewicht der unbekannten italienischen Aspirationen über der europäischen Welt. Je mehr Mussolini es bewußt verschmähte, diese Aspirationen näher zu bezeichnen und zu deren Anmeldung den unter souveränen Staaten üblichen Verkehr zu benutzen, umso aussichtsloser erschien es, die Befriedungsbestrebungen nach Art Chamberlains fortzusetzen. Anderseits jedoch besserte sich die Lage im Sinne einer Wiederherstellung des Gleichgewichts in Europa zusehends. Das redressement Frankreichs, das tatsächlich mit dem völligen Versagen des Generalstreiks vom 30. November 1938 erst begann, im Verein mit der aufs äußerste intensivierten britisch-französischen Aufrüstung, endlich die zunehmende Annäherung der Vereinigten Staaten an den Westblock ließen einen gewissen machtpolitischen Ausgleich in absehbarer Zeit als durchaus erreichbar erscheinen. Auf dieser Grundlage begann sich in den ersten zwei Wochen des vergangenen März ein gemäßigter Optimismus zu verbreiten, der auch von englischen amtlichen Stellen gefördert wurde.

* * *

Auf dieses scheinbar einem Ausgleich förderliche Terrain stürzten die brüsken deutschen Aktionen im Raume der ehemaligen Tschechoslowakei. Damit war die Politik von München erledigt. Erledigt waren ferner die englisch-deutsche Erklärung vom 30. September 1938 und die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938, der übrigens in gewissen Kreisen von Anfang an in durchaus tendenziöser Weise eine weit über den Rahmen der realen Möglichkeiten hinausgehende Bedeutung beigemessen worden war.

Es ist heute noch kaum möglich, die Motive abzudecken, die Hitler im jetzigen Augenblick zur Annexion von Böhmen und Mähren und zur Errichtung eines slowakischen Vasallenstaates veranlaßten. Es gibt ruhig urteilende Leute, die den rapid zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Verantwortung für die Ereignisse zuschieben. Andere wieder verweisen auf die bereits wiederholt angedeutete Richtung der deutschen Politik, die sich folgerichtig fast automatisch auf die Errichtung einer vorläufig europäischen Hegemonie hin bewege.

Gewiß hat Hitler für den Augenblick in machtpolitischer Beziehung einen sehr großen Erfolg errungen. Mit dem Besitz Böhmens und Mährens ist der Schlüssel Südosteuropas in seiner Hand. Eine völlig intakte Ausrüstung erster Klasse, die einer Armee von 40 Divisionen zum Kampf hätte dienen sollen und können, ist in deutschen Besitz übergegangen. Eine der besten Waffenfabriken der Welt steht seit dem 15. März zur deutschen Verfügung. Bedeutend sind auch die landwirtschaftlichen Acquisitionen, die Deutschland durch die Besetzung der Gebiete für sich erreicht hat.

Allein, alle diese Vorzüge, die zudem teilweise — angesichts der ausgetrockneten deutschen Wirtschaft, hauptsächlich der Ernährungswirtschaft — für längere Zeit ungenügend sind, anderseits durch Abnutzung des übergegangenen Materials wieder verschwinden werden, vermögen die ungeheure Verschiebung auf dem diplomatischen Terrain Europas niemals auszugleichen, die sich in der Folge der brüsken Aktion zu Ungunsten Deutschlands eingestellt hat. Die Grundlage aber für diese Verschiebung, aus der Chamberlain sofort in denkbar rücksichtsloser Weise die Folgerungen gezogen hat, besteht in der Herbeiführung einer Situation durch Hitler, die normale Beziehungen, geschweige denn

Verhandlungen, zwischen den einstigen Partnern von München anscheinend für die Zukunft völlig illusorisch gestaltet.

Wer in diesen entscheidungsvollen Tagen sich die Mühe nahm, nochmals die beiden Reden Hitlers vom 26. September 1938 und vom 30. Januar 1939 im Wortlaut durchzulesen, der mußte sich einer besonderen Empfindung ausgesetzt sehen. Denn es ergibt sich zur Evidenz, daß die Zerschlagung der Tschechoslowakei und die gewaltsame Besetzung Böhmens und Mährens mit verschiedenen grundsätzlichen Erklärungen Hitlers in diesen beiden Reden einfach nicht zu vereinbaren ist. Verstärkt wird die Bedeutung dieser völlig unlösbaren Widersprüche noch durch die Tatsache, daß die deutsche Reichsführung es nicht einmal für nötig erachtet hat, den Westmächten als Mitunterzeichnern der Vereinbarung von München die geringsten diplomatischen Aufklärungen zu geben. Denn die Fiktion, der tschechoslowakische Präsident habe die Souveränität seines Staates freiwillig aufgegeben, wird doch wohl nirgends in der Welt, am allerwenigsten in Deutschland selbst, für eine reale Tatsache genommen werden.

* * *

Die Folgen der deutschen Aktion haben sich als äußerst schwerwiegend herausgestellt. Was insbesondere die Konsequenzen betrifft, die Chamberlain aus der neuen Lage gezogen hat, so hat sie unser Londoner Mitarbeiter in seinem anschließend publizierten „Londoner Brief" mit Klarheit dargelegt. Man kann sagen, daß ein politischer und diplomatischer Bergsturz erfolgt sei. War schon das einseitige provisorische Hilfsversprechen an Polen, das am 31. März ausgesprochen wurde, sensationell, so zeigen die Erklärungen Chamberlains vom 3. April 1939, daß die Neueinstellung der britischen Kontinentalpolitik im eigentlichen Sinne des Wortes als grundsätzlich zu bezeichnen ist:

„Die heutige Abkehr von unseren traditionellen Ideen stellt in der britischen Politik einen Faktor von solcher Tragweite dar, daß sie, wenn die Geschichte dieser Tage einmal geschrieben wird, zweifellos ein Kapitel für sich beanspruchen darf . . ."

„Die deutsche Regierung hatte uns versichert, daß sie nicht den Wunsch habe, andere Rassen zu beherrschen, und daß sie auch keine territorialen Erweiterungen mehr wolle. Diese Versprechungen sind in den Wind geworfen und diese neue Tatsache hat uns dahin gebracht, wo wir jetzt stehen . . ."

„Kein Mensch bedauert mehr als ich, daß wir gezwungen sind, solche Worte zu gebrauchen, wie wir es heute tun. Ich bin auch ebenso wenig wie im September ein Mann des Krieges. Ich habe nicht den Wunsch, das deutsche Volk anders zu behandeln, als ich mein eigenes Volk behandelt sehen möchte; aber es bleibt uns nichts anderes übrig, als mit gewissen Eventualitäten zu rechnen und zu sagen, was wir tun würden, wenn sie einträten . . ."

Die in der Rede Hitlers vom 1. April niedergelegte deutsche Reaktion auf das aktive Eingreifen Großbritanniens in Osteuropa muß als scharf bezeichnet werden. Die Lage spannt sich rapid, weil anderseits festzustehen scheint, daß Chamberlain sich durch die deutschen Warnungen und Drohungen in dem Ausbau einer eigentlichen Defensiv-Allianz auf dem europäischen Kontinent nicht beeinflussen lassen will. Die Lage wird weiter verschärft durch die offensichtlich neue Einstellung zu Sowjetrußland, deren Auswirkungen noch viel bedeutender wären, würde nicht durch die besonderen Beziehungen Polens und Rumäniens zum heutigen Rußland in diesem Punkt den Westmächten Zurückhaltung nahegelegt. Soweit eine zusammenfassende Beurteilung heute möglich ist, steht fest, daß Großbritannien und Frankreich entschlossen sind, den nach der Annexion Böhmens und Mährens auf dem Kontinent erreichten status quo anders als im Wege friedlicher Verhandlungen nicht mehr verändern zu lassen.

Unklar bleibt die Stellung Italiens. Durch die Rede Daladiers hat Frankreich die Grenzen abgesteckt, bis zu welchen es sich heute auf die „italienischen Aspirationen" einzulassen geneigt ist. Wir sagen heute. Denn so sehr sich aus der Rede Daladiers ergeben hat, daß Frankreich zu Verhandlungen auf der Grundlage des Vertrages vom Januar 1935 bereit ist, so sehr ist weiter anzunehmen, daß sowohl Frankreich wie Großbritannien bereit und in der Lage wären, weitergehende Konzessionen an die italienischen Forderungen zu machen, wenn dadurch Italien von der Achse gelöst werden könnte.

Ist eine solche Wendung zu erwarten? Zweifellos ist die Stellung Italiens durch den deutschen Vorstoß in der Richtung auf Südosteuropa nicht gestärkt worden. Von einer Stärkung könnte nur dann, aber auch dann nur in durchaus hypothetischer Weise die Rede sein, wenn man die Fiktion eines zeitlich unbegrenzten Bestandes der Achse zu Grunde legen wollte. Davon kann natürlich keine Rede sein. Die italienische Reaktion auf die Besetzung der böhmischen und mährischen Länder ist denn auch, in deutlichem Unterschied zu früheren, ähnlichen Gelegenheiten, sehr zurückhaltend ausgefallen. Denn Italien sieht sich heute der unmittelbaren Gefahr einer Verdrängung aus seinen wirtschaftlichen Positionen in Südosteuropa und auf dem Balkan ausgesetzt.

Es ist zumindest äußerst fraglich, ob Mussolini über die deutsche Aktion gegen die Tschecho-Slowakei vorher unterrichtet worden ist — noch fraglicher, ob er seine Zustimmung zu dieser Aktion gegeben hat. Beides ist nicht wahrscheinlich. Wie gedenkt Mussolini unter den neuen Verhältnissen seine „Aspirationen" weiter durchzusetzen? Wie weit gehen sie heute? Sind sie gegenüber den früheren Absichten beschränkt oder erweitert?

Die zukünftige Route der Expansionspolitik der Achsenmächte aus den heutigen neuen Positionen heraus liegt völlig im Dunkel. Sicher ist nur das eine, daß diese Expansionspolitik, sollte sie mit Machtmitteln durchgesetzt werden wollen, sowohl im westlichen Raume, wie im östlichen Raume, sowohl auf dem Balkan, wie im Mittelmeer Widerstand finden wird.

Die Folgen der deutschen März-Aktion, die ihrerseits ja selbst in eine bereits äußerst gespannte Lage hineingriff, sind sehr ernst und schwerwiegend. Werden sich die totalitären Mächte von ihrer bisherigen Pressionstaktik abwenden, und den Weg der Verhandlungen, der aber unweigerlich mit Konzessionen gepflastert ist, beschreiten? Oder werden sie einerseits durch die unbestreitbare Notlage ihrer Finanzwirtschaft, ihrer Rohstoffwirtschaft, teilweise auch ihrer Ernährungswirtschaft, anderseits durch die gefährliche Überzeugung der momentanen Überlegenheit ihrer militärischen Schlagkraft, das Schwert ziehen?

Die Alternative ist eindeutig und ausschließlich. Die Entscheidung dürfte in Kürze fallen.

Zürich, den 4. April 1939. Jann v. Sprecher.

Londoner Brief.

Englands „Halt!" / Das britische Heer.

Wo steht England? Wie stellt sich das britische Weltreich zu der Angliederung der Tschechoslowakei an Großdeutschland? Wie stark sind die hinter England stehenden Kräfte — die innere Geschlossenheit, das Heer, die Flotte, die Luftmacht? Die Antwort auf diese Fragen, deren Lebenswichtigkeit hüben und drüben erkannt und gefühlt sind, ist schwer zu geben, muß aber mit aller nur möglichen Klarheit und Bestimmtheit gesucht werden. Die Entwicklung schreitet dabei so schnell vorwärts, daß der Leser den Tag, an dem dieser Brief geschrieben wird, beachten muß.

In seinem wöchentlichen Aufsatz im „Völkischen Beobachter" vom 18. März

schrieb Dr. Goebbels, es sei nur ein Zeichen wachsenden Verständnisses aufseiten der westlichen Demokratien, daß keine Stimme von Bedeutung zu hören ist, welche die Absicht eines Einspruches gegen das deutsche Vorgehen andeutet. Deutschlands juristische Lage sei zu klar, als daß sie bestritten werden könne. — Als diese Worte erschienen, hatte der britische Erstminister bereits seine auch nach Amerika übertragene Rede in Birmingham gehalten, in der er Englands so ganz andersartige Haltung darstellte: „Eins ist sicher", so erklärte Neville Chamberlain, „die öffentliche Meinung in der Welt hat einen tiefergehenden Schlag erhalten, als er ihr je, selbst von dem augenblicklichen Regime in Deutschland, versetzt worden ist". Diese Worte fassen in der Tat die ernste Rückwirkung des deutschen Vorgehens in knappster Form zusammen. Neville Chamberlain hat sie nicht leichthin gesprochen, sondern er hat einen drei Tage währenden Kampf mit sich selbst geführt, bis er zu dieser Erkenntnis, und den sich daraus ergebenden Folgerungen, gelangte. Erinnern wir uns an seine drei Besuche in Deutschland, durch die — vor erst sechs Monaten — ein europäischer Krieg vermieden worden ist: als er zurückkam, als er den Vier-Mächte-Vertrag von München und die zweiseitige deutsch-englische Verzichtserklärung auf die Anwendung von Gewalt zurückbrachte, sah er sich einer bis tief in die Reihen der eigenen Partei reichenden Opposition gegenüber: diese Opposition hielt München für die Unterwerfung unter eine Drohung der Gewalt; sie sah nur die tschechische Seite und nicht, daß es eine gerechte Forderung von Deutschen gab, die den Anschluß an Deutschland wünschten. Diese Gegnerschaft hat Neville Chamberlain in Kauf genommen. „München" führte zu einer breiten und tiefen Kluft im englischen Volk. Diese Kluft ist heute, über Nacht, geschlossen, überwunden, sie gehört der Geschichte an.

Als die ersten Nachrichten vom deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei kamen und im Unterhaus überstürzt eine Aussprache darüber abgehalten wurde, beschränkte sich Neville Chamberlain auf eine kurze Erklärung, die von „Enttäuschung und Rückschlägen" sprach. Nur wer ihn hörte, erkannte, wie tief getroffen dieser Mann war. Die in Berlin überreichte englische Note war — wie in London bekannt wurde — im Ton wesentlich deutlicher, als die knappe Unterhauserklärung: wie begründe die deutsche Reichsregierung, so frug London, die Angliederung von 7 Millionen Tschechen an Deutschland? Die dem deutschen Botschafter Dr. von Dirksen gegenüber benutzte Sprache war um einen weiteren Grad schärfer — und in diesem Tatbestand der festen Haltung des Außenministers zu einer Zeit, als Chamberlain noch zu keiner Entscheidung über die künftige Politik Großbritanniens gekommen war, muß der Grund für eine Reihe falscher Gerüchte gesucht werden. Diese Gerüchte sprachen von Lord Halifax als Nachfolger Chamberlains, falls eine Regierungsneubildung nötig wäre; sie sprachen, in Deutschland, von einer gegen das Reich gerichteten Ränkepolitik des diplomatischen Beraters, Sir Robert Vansittart. Dem allem liegt nur die Tatsache zugrunde, daß vom britischen Außenministerium während der ganzen Krise eine besonders klare Linie gehalten worden ist; daß weiterhin die erstaunlich hoffnungsfreudigen Kundgebungen über eine völlige Entspannung der europäischen Lage, wie sie auf Veranlassung der Regierung eine Woche vor der Krise in der gesamten Londoner Presse abgedruckt wurden, n i c h t auf das britische Auswärtige Amt zurückgingen. Nichts ist schließlich natürlicher, als daß Lord Halifax die Bedeutung des deutschen Einmarsches in die Tschechei sowie der militärischen „Schutzgewährung" für die Slowaken und des ungarischen Einmarsches in Ruthenien (Karpatho-Ukraine) eher in ihrem ganzen Ausmaß übersah als der Erstminister, der erst an zweiter Stelle mit der Außenpolitik verbunden ist und nur bei grundsätzlichen Entscheidungen selbst eingreifen wird.

Hier, so zeigte sich jedoch schnell, ging es um Grundsätzliches. Und Chamberlain war es, der die zukünftige Politik festlegte, wie es sein Amt als verantwortlicher Regierungsleiter bedingt: am Freitag, dem 17. März, gab er für die britische Welt — und, wie sich gezeigt hat, nicht nur für die britische — die Ant-

wort auf das deutsche Vorgehen. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag hatte er die eintreffenden Nachrichten geprüft; das Ergebnis, zu dem er sich durchrang, war die schwere Erkenntnis, daß die Münchener Politik ihr Ende gefunden hat. Eine schwere Erkenntnis nicht wegen ihrer menschlichen Seite nur. Denn mag Chamberlain auch der „Mann von München" sein, der den Frieden Europas im September 1938 rettete — was für eine Rolle spielt schon die Tatsache, daß seine persönliche Politik ihr Ende fand, im Vergleich zu der alles überschattenden, unübersehbaren neuen Wirklichkeit: daß Englands Bemühungen um eine Aussöhnung mit Deutschland ihr Ende fand; daß dieses Streben nach einem Zusammenleben der Staaten Europas auf dem Boden gegenseitiger Achtung scheiterte; daß diese Hoffnung, bestehende Zustände mittels friedlicher Aussprache jeweils den Erfordernissen des Lebens anpassen zu können, der Vergangenheit angehört! Dies war und dies ist die Schlußfolgerung, die Neville Chamberlain aus dem deutschen Vorgehen gezogen hat. „Die Politik von München schien auf seinen Lippen erstorben zu sein", urteilte die New-York Herald Tribune. „Der ‚Geist von München' ist tot und begraben", schrieb schon am 16. März der Daily Telegraph in einem für ein konservatives Blatt erstaunlichen Angriff auf die scheinbar — und unmittelbar darauf Lügen gestrafte — „Weiterverfolgung" der Münchener Politik durch Chamberlain.

Weshalb ist nach Chamberlains Worten der Einmarsch in die Tschechoslowakei der „stärkste Schlag, den selbst das augenblickliche Regime in Deutschland der Welt versetzt hat"? Chamberlain selbst hielt dies für so selbstverständlich, daß er keine weiteren Worte darüber verlor. Für Berlin jedoch kam dies als völlige Überraschung, wie die oben angeführten Worte des deutschen Ministers für Volksaufklärung und die deutsche Presse der letzten Wochen zeigen. Haben die „westlichen Demokratien", so etwa dürfte der deutsche Gedankengang gewesen sein, nichts für eine hochgerüstete Tschechoslowakei getan, haben sie keinen Krieg für die Erhaltung der wohlbefestigten Grenzen jenes Staates geführt — und das schließlich bedeutete der Vertrag von München in Bezug auf die Tschechoslowakei — so werden die Demokratien noch viel weniger ein Wort für ein Land einlegen, das seines Festungsgürtels und seiner Verteidigungsmittel beraubt ist, dessen Präsident außer Landes gehen mußte; kurz: kein Hahn wird danach krähen, wenn Deutschland sich ein in der Richtung seines natürlichen Handels gelegenes Land angliedert. Diese „Logik der Tatsachen" hat sich als falsch erwiesen. Wie vor dem Weltkrieg die graue Eminenz Holstein die Außenpolitik „berechnete" (etwa meinte, daß der Walfisch-England und der Bär-Rußland nie zusammen kommen könnten!), so ist auch dieses Mal die Rechnung nicht aufgegangen: die Welt erhielt den stärksten Schlag. Bei der Rheinlandbesetzung, bei der Angliederung Österreichs, beim Anschluß von Sudetendeutschen — immer hatte Deutschland, so fand ein großer Teil der britischen Öffentlichkeit und die Regierung, gute Gründe für sich: dieses Mal finden sie jedoch keine Gründe, mit denen Deutschland sich rechtfertigen könnte. Die Angliederung von sieben Millionen Tschechen und von drei Millionen Slowaken an das Deutsche Reich widerspricht dem Grundsatz, den das britische Volk als heilig empfindet, der sich auf ein sittliches Gesetz gründet, und für das England bei allem Abscheu vor dem Krieg, wenn nötig, Krieg führen wird. „Es gibt kaum etwas, was ich nicht für den Frieden opfern würde. Aber es gibt ein Ding, das ich ausnehmen muß, und das ist die Freiheit, die wir seit hunderten von Jahren genossen haben und die wir nie aufgeben werden." So erklärte Chamberlain. Und er frug: „Ist dies deutsche Vorgehen der letzte Angriff auf einen kleinen Staat oder sollen ihm andere folgen? Ja ist dies ein Schritt in Richtung eines Versuchs, die Welt durch Gewalt zu beherrschen?"

Diese Frage hat die Linke in Großbritannien von je bejaht; sie hat in Hitler nicht den Vollstrecker eines alldeutschen Ziels, sondern den Vertreter des Gedankens gesehen, daß allein Macht und nicht Recht herrschen solle. Seit München vertraten auch Konservative wie Eden, Churchill, Duff Cooper and Amery diese Auf-

fassung. Chamberlain jedoch und die große Mehrheit seiner Partei setzten Vertrauen in Hitler: sie wünschten eine Zusammenarbeit. Chamberlain hat dabei wiederholt erklärt, zuletzt noch am 23. März 1939, der Balkan sei groß genug für englische und deutsche Interessen und Deutschland könne dort wirtschaftlich seine natürliche Ergänzung finden. — Es ist nach englischer Auffassung selbstverständlich, daß diese wirtschaftliche Betätigung und Ausdehnung Deutschlands auf dem Balkan das fremde Volkstum dort und den souveränen Staat in seiner Selbständigkeit nicht berühren, geschweige denn vernichten dürfte. Die Haltung Deutschlands jedoch ist grundsätzlich anders geartet, wie die letzten Wochen zeigten: „Es hat viele Deutsche gegeben", so sagt der Vertreter des ‚Völkischen Beobachters', gewiß ein Kronzeuge für die deutsche Auffassung, „die ehrlich glaubten, mit München wäre das Eis gebrochen und England hätte endlich erkannt, daß ein Volk von 80 Millionen Menschen eines Lebensraumes bedarf, der größer sein muß, als die deutschen Volkstumsgrenzen reichen ... Die Welt ist von England bewußt getäuscht worden." In Wirklichkeit hat kein einziger englischer Staatsmann je daran gedacht, Deutschland Räume zur Angliederung zuzusprechen, die größer als die deutschen Volkstumsgebiete sind — wie könnte er auch? Jede Ausdehnung in Europa über die eigenen Volkstumsgrenzen hinaus kann sich doch nur auf Kosten fremden Volkstums, kann sich nur durch die Vernichtung der Freiheit anderer Völker vollziehen. Diese Freiheit aber ist die unabänderliche Grundlage, zu der Großbritannien steht — für sie würde England, wie Chamberlain als Sprecher seines Volkes sagte, selbst den Frieden opfern: ein Friede ohne Freiheit des eigenen Staates wäre kein Friede, sondern unerträgliche Knechtung. Chamberlain hat sehen müssen, wie die in München annähernd nach den Volkstumsgrenzen von ihm selbst und von Hitler, Mussolini und Daladier garantierte Tschechoslowakei von Deutschland besetzt und dem Reich angegliedert worden ist. In der Ablehnung dieses Vorgangs ist er sich mit den früheren Gegnern Münchens einig: dieser Schlag, dieser Anspruch auf Länder über die Grenzen des eigenen Volkstums hinaus, hat in England zu einer nie zuvor erreichten Einheit geführt. Es gibt im Chor der Ablehnung keine einzige abweichende Stimme, es gibt in der Außenpolitik Englands keine „Regierung" und keine „Opposition" mehr. „Hätte Hitler die Absicht, dreiundeinehalbe Million Tschechen zu annektieren, so hätte Europa Recht, sich aufzuregen und zu handeln", so schrieb, wie die englische Presse jetzt wieder anführt, niemand anders als Mussolini letzten Herbst in seinem offenen Brief an Runciman. England ist tief erregt; wie aber will es in Zukunft handeln?

Am 18. März, dem 70. Geburtstag Neville Chamberlains, einem Samstag, trat das Kabinett aus Veranlassung von Lord Halifax zu einer außergewöhnlichen Sitzung zusammen: in London eingegangene Meldungen hatten von der Möglichkeit gesprochen, daß die deutschen Truppen über die Slowakei hinaus in rumänisches Gebiet vordringen würden. Dies bestätigte sich nicht. Jedoch wurde Halifax beauftragt, die Meinung der Regierungen Frankreichs, Rußlands, Polens, Rumäniens, Bulgariens, Jugoslawiens, Griechenlands und der Türkei einzuholen und zu versuchen, eine geeinte Front gegen einen Angriff zu schaffen. In seiner umfassenden Rede vom 20. März im Oberhaus erklärte Halifax dementsprechend: „Seiner Majestät Regierung hat nicht verfehlt, aus diesen Ereignissen die Lehre zu ziehen, und sie hat keine Zeit verloren, in enge und praktische Beratung nicht nur mit den Dominien, sondern auch mit anderen Regierungen zu treten ..." Vorher hatte er erklärt, der Südosten Europas sei „ein natürliches Ausdehnungsfeld des deutschen Handels"; dem Grundsatz der von Hitler so oft angerufenen Selbstbestimmung der Völker sei jedoch „rauh widersprochen worden"; es habe sich um einen Krieg ohne Kriegserklärung gehandelt —: „Jedes Land, das Deutschlands Nachbar ist, sieht unsicher dem Morgen entgegen, und jedes Land, das seine völkische Unversehrtheit und seine Souveränität wert hält, steht vor einer inneren Gefahr, die von außen geschaffen wird ..."

So sind die Fronten klar gezeichnet. Großbritannien hat die Anerkennung der deutschen Besetzung der Tschechoslowakei abgelehnt und seinen Botschafter abberufen. Es hat die Verhandlungen mit den befreundeten Mächten aufgenommen und ist sich grundsätzlich mit Frankreich, Rußland und der Türkei einig. Die Besprechungen mit Polen, Rumänien und den Balkanstaaten sind im Gange. Vor allem der Besuch des polnischen Außenministers Beck, der am 3. April in London eintrifft, wird von großer Bedeutung sein. Der Staatsbesuch des französischen Präsidenten Lebrun, der von dem Außenminister Bonnet begleitet war, gab Gelegenheit zu einer neuen, wirkungsvollen Vertiefung des englisch-französischen Einverständnisses. Beide Staaten sind zu gegenseitiger militärischer Hilfeleistung verpflichtet. Wo steht also England? Mit einer in der englischen Geschichte selten möglich gewesenen Klarheit konnten wir in den Worten seiner verantwortlichen Staatsmänner die Antwort finden. Das von Halifax kürzlich benutzte Wort: „Halt!" kennzeichnet die Stellung treffend. Was dieses „Halt!" für England, was für seine Freunde und seine Gegner, was es für uns alle bedeuten wird, wissen wir heute noch nicht. Daß aber unser aller Zukunft damit verbunden ist: Deine Zukunft, Engländer, Deutscher, Franzose, Italiener, Schweizer, Deine, Europäer, fühlen wir zutiefst.

* * *

Ist die Angliederung der Tschechoslowakei, wie Chamberlain sagte, der härteste Schlag, den die öffentliche Meinung vom nationalsozialistischen Deutschland erhalten hat, dann kommt dem Werkzeug der durch diesen Schlag neugeschmiedeten inneren Einheit Englands, der britischen Rüstung, besondere Beachtung zu. Die in den vergangenen Wochen vorgelegten Pläne der drei Waffengattungen erhalten so neue Bedeutung. Zum ersten Mal übertreffen die Voranschläge für die Luftflotte die Summen, die für die beiden andern Gattungen angesetzt sind — ein Zeichen dafür, daß die Bedeutung der Luftwaffe jetzt voll in Rechnung gestellt ist und daß die Auffüllung der englischen Luftwaffe durch amerikanische und kanadische Flugzeuge nicht die Regel, sondern den Ausnahme- (und auch den Ernst-)fall darstellen soll. — Die eigentlich „britische" Waffe, die Flotte, ist in der Öffentlichkeit etwas stiefmütterlich behandelt worden. Der Grund hiefür ist einleuchtend: um die Zuverlässigkeit der überlegenen Flotte macht sich niemand Sorgen. Kennzeichnenderweise konnten drei ehemalige Flottenminister in der Aussprache über diese Voranschläge nichts anders als ihre Zustimmung zum Ausdruck bringen. Waren am 1. Januar 1935 nur 139 000 Tonnen im Bau, so ist die Zahl für März 1939 auf 660 000 Tonnen gestiegen; die Zahl der Mannschaften wuchs im gleichen Abschnitt in jedem Jahr um über 100 000 Mann.

Als Chamberlain Ende Februar die gewaltigen Voranschläge einbrachte, erklärte er: „Die in einem einzigen Jahr für die verschiedenen Zweige unserer Verteidigung aufgewandte Summe von 580 Millionen Pfund macht beinahe unsere gesamte Staatsschuld bei Ausbruch des Weltkrieges aus". Einschließlich der neuen Ermächtigung zu Anleihen stehen dem britischen Schatzkanzler, Sir John Simon, in diesem Jahr nicht weniger als 823 Millionen Pfund zur Verfügung, ohne daß er irgendwelche Steuer-Erhöhungen vorzunehmen braucht — das sind gewaltige Summen, es sind Gelder, die nach der lange genährten Hoffnung des früheren Schatzkanzlers und Gesundheitsministers Neville Chamberlain auf die sozialen Dienste verwendet werden sollten. Die Weltlage zwingt die britische Regierung zu der „ungeheuerlichen Verrücktheit", wie sie von einem ihrer Anhänger genannt wurde, das Nationalvermögen in Rüstungen zu verschwenden. „Zur Zeit ist es unmöglich vorauszusagen, wann die Lage es erlauben wird, die Waffenherstellung zu verlangsamen", so schrieb die Regierung in dem im Februar veröffentlichten Weißbuch; „es soll hinzugefügt werden, daß Vorkehrungen getroffen sind, um sicherzustellen, daß das Programm wirkungsvoll berichtigt werden kann, wenn sich die internationale Lage bessert . . ." Das sind Worte aus einer besseren Welt —

sie stammen aus der Zeit, in der die britische Regierung auf der Hoffnung von München weiterbaute. Heute muß die Regierung hinzufügen, daß sie Vorkehrungen zu einer weiteren Beschleunigung des Programms getroffen hat ...

Eine bemerkenswerte Darstellung voller neuer Erkenntnisse wurde von dem britischen Kriegsminister Hore-Belisha gegeben, als er die Heeresvoranschläge einbrachte. Vor dreißig Jahren sah England die letzte große Heeresneuordnung. Sie wurde von Haldane ausgearbeitet und durchgeführt; Haldane ging davon aus, daß die Verteidigung Englands Aufgabe der Flotte sei — eine starke Flotte werde jede Landung unmöglich machen. Deshalb schleifte er die Küstenbefestigungen. „Heute jedoch", erklärte Kriegsminister Hore-Belisha, „sind wir da, wo wir vor Hadanes Zeiten waren", das heißt, die Verteidigung gegen einen Angriff muß vom Heer getragen werden. Das von Haldane geschaffene Territorialheer hat damit eine ganz neue Aufgabe: diente es früher zur späteren Auffüllung des regulären Heeres (wenigstens war dies Haldanes Plan, mochte Kitchener dann auch andere, verlustreichere Wege gehen), so hat es heute die selbständige Aufgabe der Heimat-Verteidigung. Letzten September wurden daher, ganz folgerichtig, die Territorialen eher als die Regulären eingezogen, um die Luftabwehr und den Küstenschutz zu stellen. Neu geschaffen wurde jetzt das Amt des „Director-General A. A. and Coast Defence", Die Buchstaben „A. A." sind die Abkürzungen für „Anti Aircraft", sodaß es sich also um einen einheitlichen Oberbefehl über die Truppen für Luftabwehr und Küstenschutz handelt.

Haldane hatte durch die Schaffung des Territorialen Heeres die Regulären für den Dienst außerhalb des Landes freigemacht. Diese freie Beweglichkeit der Regulären ist beibehalten worden, mag der erste Grundsatz auch die Sicherheit Englands selbst sein. Die überseeischen Stützpunkte werden — wie schon 1882 vom Carnarvon-Ausschuß gefordert — stets auf Kriegsstärke gehalten, was zugleich die Aufgaben der Flotte wesentlich verringert. Hierzu sollen in Zukunft die eingeborenen Hilfstruppen verstärkt herangezogen werden, und zwar gilt dies vor allem für Malta, Cypern, Singapore, Malay, Indien und Hong Kong. Schließlich wird, wie bereits früher angekündigt, eine besondere, ständige „Reserve Mittel-Ost" unterhalten werden. Diese wird völlig selbständig errichtet, sodaß sie nicht auf Nachschübe aus der Heimat angewiesen ist, sondern über eigene Reserven verfügen kann. Auch dies bedeutet eine Stärkung der britischen Flotte, die damit von der Belastung ständigen Nachschubes befreit wird. Wohin diese neue Reserve Mittel-Ost gelegt wird, ist noch nicht bekannt; die zwei zur Zeit in Palästina stehenden Divisionen werden jedenfalls dazu gehören.

Diese bedeutende Heeresneuordnung, die sich würdig an die von Cardwell 1872 und von Haldane 1907 durchgeführte Neugestaltung anschließt, wird von der „Field Force", der Feldtruppe gekrönt: es handelt sich hierbei um nichts anderes als um die als „Expeditionsheer" durch Haldane bekannt gewordene englische Truppe, die 1914 entscheidende Hilfe bei der Marne brachte und dann in schneller Entwicklung zum englischen Volksheer auf dem Festland anwuchs. Die Feldtruppe Hore-Belishas besteht im Gegensatz zu der alten von Haldane geschaffenen von vornherein aus Regulären und Territorialen — eine stärkere Bekräftigung der Richtigkeit, ein Territorialheer zu schaffen, kann sich Haldane nie erträumt haben. Die Territorialen werden ausgerüstet und ausgebildet, um sofort auf dem Festland eingesetzt werden zu können. Die gesamten, jederzeit eingriffsbereiten Truppen Englands werden demnach aus vier Infanterie- und zwei Tankdivisionen („Armoured" oder „Mobile" Division) des regulären Heeres, sowie aus neun Infanterie-, drei motorisierten und einer Tankdivision des Territorialheeres bestehen. Zuzüglich kleinerer Einheiten erreicht damit das britische Feldheer im laufenden Haushaltsjahr eine auf dem Festland oder auf jedem andern Kriegsschauplatz einsatzbereite Stärke von 19 Divisionen — was sich im Vergleich zu den sieben, die Haldane 1914 vorgesehen hatte, als sehr beachtliche Leistung erweist, zumal England keine Wehr-

pflicht im Frieden kennt. Im Augenblick ist diese Truppe noch in der Aufstellung begriffen: jedoch ist bekannt, daß dies Zug um Zug geschieht, sodaß für jeden fertig ausgebildeten und ausgerüsteten Truppenteil auch die notwendigen Transportmittel usw., die ein Eingreifen ermöglichen, bereit stehen.

Die Darstellung der Heeresneuordnung wurde im Unterhaus zunächst eisig aufgenommen, weil damals — am 8. März — die Meinung vorzuherrschen schien, daß die meisten Vorschläge zu spät kämen: wären sie vor Jahren durchgeführt worden, so wären sie wirkungsvoll gewesen, so meinte man; jetzt jedoch kämen sie zu spät und würden sich nach ihrer Durchführung als überflüssig erweisen. Auch hier haben die letzten Tage zu einer gründlichen Meinungsänderung geführt, und doppeltes Gewicht erhält folgende Tatsache, die in der Presse meines Wissens bisher noch nicht vermerkt wurde: Als Duff Cooper nach München aus der Regierung ausschied, erklärte er: „Ich war in diesem Punkt (der Verpflichtung zum Eingreifen auf dem Festland, die Cooper bejaht) nicht der Ansicht des Erstministers, als ich vor zwei Jahren das Kriegsministerium und er das Schatzkanzleramt verwaltete. Ich bin immer für die Aufrechterhaltung eines Heeres gewesen, das bei einem festländischen Krieg ernsthaft eingreifen kann". Diese sehr wichtige Feststellung — deutlicher zu werden, war Duff Cooper aus Gründen des Kabinettsgeheimnisses nicht möglich — wird überraschend erhellt, und aufgehoben, durch die Tatsache, daß sich Duff Cooper sofort nach der Rede Hore Belishas über die Heeresneuordnung erhob, um zu erklären: „Wir können für uns selbst die Schlußfolgerung ziehen, und die Schlüsse, zu denen ich gelange, sind völlig befriedigend." In klarer Sprache bedeutet dies: England besitzt ein zum Eingreifen auf dem Festland ausreichendes Heer und die Regierung Neville Chamberlains ist gewillt, es zu benutzen. Auch hier hat der manchmal irrtümlicherweise für halsstarrig und unüberzeugbar gehaltene Erstminister einen für den weiteren Verlauf der europäischen Geschichte lebenswichtigen Meinungswandel durchgemacht. Als er am 6. Februar im Unterhaus erklärte, „alle Großbritannien zur Verfügung stehenden Streitmächte werden Frankreich zur Verfügung stehen", da hatte seine Regierung auch dafür gesorgt, daß diese Worte in die Wirklichkeit umgesetzt werden können.

* * *

Die Krise hat es unmöglich gemacht, auch die vielfältigen übrigen Ereignisse in diesem Brief von London wenigstens zu berühren. England hat Franco anerkannt, es hat China eine Anleihe gegeben, es hat die Lage in Palästina geklärt (das Weißbuch hierzu wird in den nächsten Tagen erscheinen) — alles dies sind Ereignisse, die einer Betrachtung bedürfen, die wir aber zurückstellen müssen.

London, den 24. März 1939.

F. W. Pick.

Kurz bevor diese Ausführungen in Druck gehen, gab Neville Chamberlain am 31. März im britischen Unterhaus eine Erklärung ab, durch die Großbritannien für den Fall eines Angriffs auf Polen diesem Staat bewaffnete Hilfe zusagte; hierzu schreibt uns Dr. Pick (London):

Großbritannien hat es bisher stets abgelehnt, seine Haltung bei zukünftig etwa eintretenden Fällen von vornherein festzulegen: vor dem Weltkrieg gab Grey den Franzosen keine Zusage bewaffneter Hilfe, auch nicht während der kritischen Tage des Juli und selbst nicht Anfang August 1914. Nach dem Weltkrieg verhielt sich England genau so: Austen Chamberlain lehnte das „Genfer Protokoll" ab, und außer den Locarno-Verpflichtungen übernahm England keine Garantien, die selbsttätig zu einem militärischen Eingreifen hätten führen können. Erst im Februar dieses Jahres erhielt Frankreich die oben erwähnte Zusage für den Fall eines Angriffs auf seine lebenswichtigen Interessen. Und nun hat das britische Kabinett durch Neville Chamberlain, ohne jegliche Gegenforderungen, von sich aus dem polnischen Staat folgende Zusicherung gegeben: „Das Haus weiß, daß gewisse

Besprechungen mit andern Mächten im Gang sind. Um die Haltung seiner Majestät Regierung vollkommen klarzustellen, bevor diese Besprechungen noch beendet sind, darf ich das Haus jetzt davon unterrichten, daß S. M. Regierung während dieser Zeit im Fall einer Handlung, welche die polnische Unabhängigkeit klar bedroht und der mit ihren Streitkräften zu widerstehen die polnische Regierung daher für lebenswichtig hält, sich verpflichtet fühlen würde, der polnischen Regierung sofort alle in der eignen Macht liegende Unterstützung zu gewähren."

Die Bedeutung dieser Worte kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: hier hat Neville Chamberlain die letzten Reste der alten Überlieferung aus Salisburys Zeiten, des „glänzenden Alleinstehens" Großbritanniens, aus dem Weg geräumt und mit aller Deutlichkeit gesagt, daß sein Land bei einem Angriff auf die Unabhängigkeit Polens mit Waffengewalt schützend eingreifen wird. Diese für das weitere Geschick Europas so bedeutende Erklärung wurde im Unterhaus, ohne Unterschied der Parteien, mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen. Diese Zustimmung des Unterhauses — wie des ganzen Landes und der vorher befragten Dominien — hat das Hilfsversprechen gegen einen Angriff erst möglich gemacht und gibt ihm seine eigentliche praktische Bedeutung, zumal die „Feldtruppe" Englands von den erweiterten 19 auf 32 Divisionen erhöht und das Freiwilligenheer der Territorialen auf 450 000 Mann gesteigert werden soll.

Die Zusage an Polen gilt zunächst bis zum Abschluß der Verhandlungen mit den Staaten Osteuropas und wird dann wohl einen Bestandteil einer Gruppe von Verträgen bilden, die sich dem Vorbild des französisch-polnischen Abkommens annähern dürften. Gilt die Zusage, so müssen wir fragen, auch für den polnischen Korridor? Die Antwort ergibt sich bereits aus dem vollen Wortlaut der Chamberlain-Erklärung: sie lautet Ja. Soll damit der bestehende Zustand verewigt, soll die Zukunft also auf ein hartes Entweder — Oder, entweder auf die Erhaltung des Status quo oder einen Krieg, eingeengt werden? Die Antwort lautet, genau so klar: Nein. Dieser Tatbestand ist von ausschlaggebender Bedeutung und muß hüben wie drüben erkannt werden: die bewaffnete Hilfe Großbritanniens ist gegen einen Angriff, gegen die Anwendung von Gewalt, gegen die Unterjochung eines Staates unter einen andern zugesagt. Im gleichen Atemzug aber, als Neville Chamberlain dies Versprechen abgab, erklärte er: die Regierung „hat unablässig eine Berichtigung von Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen den betroffenen Staaten ergeben mögen, durch freie Verhandlungen befürwortet. Sie ist der Ansicht, daß dies den natürlichen und richtigen Weg darstellt, wo Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ihrer Ansicht nach könnte es keine Frage geben, die sich nicht durch friedliche Mittel lösen läßt, und es könnte keine Rechtfertigung dafür geben, wenn durch die Anwendung von Gewalt oder durch die Androhung von Gewalt das Mittel der Verhandlung ersetzt werden sollte." Dies ist Großbritanniens Ausgangspunkt, die Grundlage seiner Politik, der sich Frankreich mit gleichen Rechten und Pflichten anschloß, dem sich die Oststaaten im Lauf der kommenden Wochen anschließen dürften, und dem die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten von Amerika voll zustimmt. Ein Angriff also soll verhindert werden — damit soll aber zugleich die Tür weit geöffnet werden für eine friedliche Aussprache über bestehende Unstimmigkeiten. Mit beiderseitig gutem Willen müssen sie sich friedlich lösen lassen. Kein Zweifel, daß die Frage des polnischen Korridors, der Deutschland in zwei Teile teilt, zu diesen Unstimmigkeiten gehört, die in einer echten Verständigung zwischen Deutschland und Polen bereinigt werden müssen. Das wird möglich sein, wenn die „Anwendung oder die Drohung von Gewalt", von der Chamberlain sprach, der Vergangenheit angehört und man sich auf eine Lösung einigen kann, die dem Grundsatz der Gerechtigkeit, und nicht der größeren Macht, entspricht.

London, 1. April 1939. F. W. Pick.